

Die Ambivalenz politischer Stabilität: Bericht zur Tagung "Politische Stabilität. Ordnungsversprechen, Demokratiegefährdung, Kampfbegriff", Universität Bonn, 14.-16. März 2018

Förster, Jürgen; Terwiel, David

Veröffentlichungsversion / Published Version

Zeitschriftenartikel / journal article

Zur Verfügung gestellt in Kooperation mit / provided in cooperation with:

Verlag Barbara Budrich

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Förster, J., & Terwiel, D. (2018). Die Ambivalenz politischer Stabilität: Bericht zur Tagung "Politische Stabilität. Ordnungsversprechen, Demokratiegefährdung, Kampfbegriff", Universität Bonn, 14.-16. März 2018. *ZPTh - Zeitschrift für Politische Theorie*, 9(1), 147-151. <https://doi.org/10.3224/zpth.v9i1.08>

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer CC BY-SA Lizenz (Namensnennung-Weitergabe unter gleichen Bedingungen) zur Verfügung gestellt. Nähere Auskünfte zu den CC-Lizenzen finden Sie hier: <https://creativecommons.org/licenses/by-sa/4.0/deed.de>

Terms of use:

This document is made available under a CC BY-SA Licence (Attribution-ShareAlike). For more information see: <https://creativecommons.org/licenses/by-sa/4.0>

Die Ambivalenz politischer Stabilität

Bericht zur Tagung *Politische Stabilität. Ordnungsversprechen, Demokratiegefährdung, Kampfbegriff*, Universität Bonn, 14.-16. März 2018

Jürgen Förster / David Terwiel*

In Zeiten der Krise und der gesellschaftlichen Umbrüche wächst das Bedürfnis nach gesellschaftlicher und politischer Stabilität. Der Begriff verbindet sich in der Regel mit Vorstellungen von Dauerhaftigkeit, Beständigkeit, Ruhe und Ordnung; insofern drückt sich im Bedürfnis nach Stabilität ein konservatives Moment aus. Die Rede von Stabilität weckt auch Assoziationen architektonischer Bezüge wie Fundament, Statik oder Tragfähigkeit. Obwohl es eine lange Tradition des Nachdenkens über politische Stabilität von Aristoteles bis Rawls gibt, ist es schwierig, anzugeben, was politische Stabilität ist, was sie ausmacht und wie sie hergestellt werden kann. Schließen Vorstellungen politischer Stabilität Wandel aus oder sind Wandel und Bewegung besondere Formen politischer Stabilität? Woran messen wir sie? Wie viel (In)Stabilität können beispielsweise Demokratien aushalten? Ist Stabilität überhaupt eine fruchtbare und erkenntnisfördernde analytische Kategorie oder lediglich ein politischer Kampfbegriff?

Grit Straßenberger bemerkte in ihrer Begrüßung, dass im öffentlichen Bewusst-

sein politische Stabilität ein Markenzeichen der Bonner Republik sei. Beinahe erscheine sie als das Goldene Zeitalter der bundesrepublikanischen Demokratie. Dagegen steht die Berliner Republik für den beständigen Versuch der Restabilisierung. Es sei nicht von vornherein ausgemacht, welcher Zustand demokratischen Ordnungen angemessener ist. Die Achse Bonn-Berlin wurde von den VeranstalterInnen der Tagung *Politische Stabilität. Ordnungsversprechen, Demokratiegefährdung, Kampfbegriff* – Grit Straßenberger, Eva Marlene Hausteiner und Felix Wassermann – bewusst gewählt und war in den drei Tagen häufiger Bezugspunkt.

Als Sinnbild für Stabilität wählten die VeranstalterInnen das Bild ‚Seiltänzer‘ von Trak Wendisch aus dem Jahr 1984. Politische Stabilität ist demnach kein statischer und starrer Zustand, sondern das ständige Bemühen um Balance und Ausgleich. In diesem Sinne ist Stabilität ambivalent und umfasst Ordnungsversprechen und Demokratiebedrohung in einem: Ein permanentes Wandeln am Abgrund. Eva Marlene Hausteiner bemerkte in ihren einleitenden Worten, dass der mit dem Versprechen auf Stabilität verbundene Begriff der Ordnung sowohl eine Bedingung politischen Handelns als auch eine das Handeln behindernde Verknöcherung darstellen könne. In den letzten Jahren lasse

* Dr. Jürgen Förster, Rheinisch-Westfälische Technische Hochschule Aachen
Kontakt: juergen.foerster@ipw.rwth-aachen.de
David Terwiel, M.A., Rheinisch-Westfälische Technische Hochschule Aachen
Kontakt: david.terwiel@ipw.rwth-aachen.de

sich eine Konjunktur des Begriffs der politischen Stabilität beobachten. Hausteiner erklärte dieses Phänomen zum einen durch die Unbestimmtheit des Begriffs, der somit semantisch vielfältig aufladbar sei. Zum anderen befördere er ein bestimmtes Assoziationsgefüge, das nicht beliebig konstruierbar und prinzipiell positiv konnotiert sei, wie Tragfähigkeit, Sicherheit und Berechenbarkeit. Drittens scheine der Begriff der Stabilität seinen Konkurrenzbegriffen wie Gleichgewicht, Dauerhaftigkeit oder Resilienz überlegen zu sein. Die Tagung solle den systematischen Kern des Begriffs normativ, ideengeschichtlich und analytisch reflektieren.

Das erste Panel widmete sich der Frage, ob sich autokratische von spezifisch demokratischen Formen politischer Stabilität unterscheiden lassen. Bereits Machiavelli betonte, dass die Republik in Bezug auf Stabilität und Dauerhaftigkeit der Ordnung der Fürstenherrschaft überlegen ist, weil sie sich durch einen geregelten turnusmäßigen Regierungswechsel besser an die wandelnden Anforderungen der Zeit anpassen kann. *Johannes Gerschewski*, der die politische Stabilität von Autokratien empirisch untersucht, betrachtet den Machtwechsel als die eigentliche Achillesferse für die Stabilität der Ordnung. Oftmals geschieht er gewalttätig und unfreiwillig. Aber auch der friedliche Machtwechsel birgt Gefahren, da die häufig anzutreffende charismatische Legitimation autoritärer Herrschaft nicht einfach übertragen werden kann. Politische Stabilität meine nicht nur Persistenz, die bloße Abwesenheit von Wandel, sondern die Fähigkeit, inneren und äußeren Herausforderungen zu begegnen und sich dem Wandel der Umwelt anzupassen. Insofern müssen Autokratien ebenfalls responsiv und beweglich sein. Ihre Stabilität gründe sich auf drei Säulen: Legitimität, Repression und Kooptation. Empirisch lasse sich die Annahme, dass sich die Stabilität von Autokratien durch eine Kombination wohlfahrtstaatlicher Leistung und Repression herstelle, nicht erhärten. So lasse sich nachweisen, dass harte Repression in

der Regel destabilisierend wirke. Stabilitätsfördernd sei dagegen eine Strategie der Depolitisierung, ein Zusammenspiel aus Performanzlegitimität und weicher Repression.

Im Gegensatz zu autokratischen Regimen bedürften Demokratien moralischer Grundlagen, die – so argumentierte *Andreas Braune* mit Rawls – auch durch Regelverletzungen stabilisiert würden. Ziviler Ungehorsam zum Beispiel adressiere destabilisierende Ungerechtigkeiten einer demokratischen Gesellschaft, die so korrigierbar seien. Somit können Regelverletzungen durchaus dazu beitragen, eine spezifisch demokratische Stabilität zu erzeugen. Vorausgesetzt ist jedoch, dass der Ungehorsam gewaltlos und öffentlich ist. Er müsse an den allgemeinen Gerechtigkeitsinn der Mehrheit appellieren und als letzter Ausdruck zur Rettung der verfassungsmäßigen Stabilität verstanden werden können.

Rieke Trimcev griff im zweiten Panel *Metaphern der Stabilität und der Destabilisierung* das Verhältnis von Stabilität und Regel auf, indem sie sich der politischen Metapher des Spiels widmete. Das Spiel eigne sich als Metapher für die Politik, weil es einen regelgeleiteten sozialen Zusammenhang darstelle, der auf Freiheit gründe und dennoch Ordnung stifte. Die Freiheit bleibe im Spiel bestehen, weil seine Regeln jederzeit verändert werden können. Dennoch braucht man Regeln und Verbindlichkeiten, die auf Aushandlung und Konsens beruhen, um spielen zu können. Vor allem die agonalen Theorien des Politischen nutzen die Spielmetapher, um gesellschaftliche Wirklichkeit zu beschreiben. Trimcev analysierte hier ihre Verwendung durch Jean-François Lyotard und Bonnie Honig. Spiel ist im agonalen Verständnis Kampf um Bedeutungshoheit und Regelauslegung. Komplementär zu Braune versuchte Trimcev an der Metapher des Spiels – in der Deutung der agonalen Demokratietheorie – zu zeigen, dass das Befolgen von Regeln zur Regelveränderung führen könne. Damit verschwimme die Grenze zwischen Stabilität und Instabilität. Lyotard und Honig sehen in diesem Phänomen die Möglichkeit von Freiheit. Kritisch fragte Trimcev, worin dann noch die Verbind-

lichkeit der Regel als Regel bestehe, wenn sie gleichzeitig als situativ destabilisierend gedacht würde.

Vincent August beschrieb eine Veränderung der Stabilitätskonzeption, die durch die Systemkrise in den 1970er Jahren ausgelöst wurde. Das lange Zeit unangefochtene hierarchische Stabilitätsmodell des souveränen Staates könne seine Funktion, die auseinanderstrebenden Gesellschaftsteile zu reintegrieren, nicht mehr erfüllen. In das konzeptionelle Stabilitätsvakuum des Steuerstaates sei das neoliberale Konzept des Marktes, das scheinbar eine Problemanalyse und -lösung wie aus einem Guss lieferte, gestoßen. An die Stelle des souveränen Staates trat der souveräne Markt; dabei wurde aber mit der grundsätzlich vertikal-logischen Logik der Stabilität nicht gebrochen. Dieser Bruch sei erst durch ein weniger beachtetes Stabilitätskonzept vollzogen worden: Das Paradigma des Netzwerks unterscheide sich sowohl begrifflich als auch in seinen Praktiken und Selbstbeschreibungen klar von Markt und Staat. Das Netzwerk habe kein Zentrum, keine Hierarchien, sondern alles spiele sich auf gleicher Ebene ab und sei miteinander verflochten, sodass sich bereits die kleinste Veränderung auf das gesamte Gefüge auswirke. Stabilität bedeute hier stärker Ausgleich und werde durch Differenz, Neuerfindung und Wandel erzeugt. Die heutige Gegenwart sei durch ein Mit- und Gegeneinander von Markt und Netzwerk geprägt.

Im Abendvortrag reflektierte *Philip Manow* die aktuellen Herausforderungen des demokratischen Versprechens, Stabilität durch Bewegung zu gewährleisten. Demokratie stabilisiere sich einerseits durch eine diskursive Unruhe, deren zentraler Akteur die Medien seien. Dabei vollziehe sich ein „Strukturwandel der Öffentlichkeit“, der bisher kaum verstanden sei. Besonders neue Akteure, die sogenannten „Prosumer“, und deren Milieu sowie das Internet als neue Infrastruktur der Öffentlichkeit führten zu einer Verbreiterung des öffentlichen Resonanzraums und einer Verengung des Zeitraums der Aufmerksamkeit. Die andere stabilisie-

rende Bewegung – die prozessuale Unruhe – bestehe in den Zeitstrukturen, die beispielsweise Wahlakte oder Abstimmungsdichte erzeugen. In beiden Fällen kommt den Parteien zentrale Bedeutung als Relais zwischen Parlament, Regierung und Öffentlichkeit zu. Doch auch die Parteien wandeln sich hin zu personenzentrierten Plattformen und verlieren somit ihre Kraft, die diskursive und prozessuale Unruhe moderierend zu beeinflussen. Damit verliere die Demokratie den bislang wichtigsten Garanten politischer Stabilität, ohne dass bisher deutlich würde, was an die Stelle der Parteien treten könne.

Im dritten Panel *Stabilitätsorte: Von Bonn nach Berlin* wendete sich *Frank Decker* gegen die Forderungen nach mehr direkter Demokratie, die heute auch von der rechten Seite des politischen Spektrums geäußert werden. Ausgehend von einem institutionellen Verständnis demokratischer Stabilität beschrieb Decker die Gefahren, die von der Volksinitiative ausgehen. So würde die föderative Mitbestimmung der Länder übergangen und die engagierten Bürger und Bürgerinnen würden überrepräsentiert. Besonders aber störe die Volksinitiative das innerparlamentarische Gleichgewicht zwischen Regierung und Opposition: Durch sie gerate das Parlament in Opposition zum Volk und tendiere dazu, die innerparlamentarische Trennung von Regierung und Opposition zu unterlaufen. Auf Länderebene führten direktdemokratische Verfahren bereits zu einer institutionellen Destabilisierung. So würden die Verfassungsgerichte aufgewertet und der Trend sei zu beobachten, dass direktdemokratische Kompetenzen durch entsprechende Verfahren immer weiter ausgedehnt würden. Statt verbindlicher Volksgesetzgebung hält Decker auf Ebene des Bundes beispielsweise unverbindliche Volksinitiativen oder Vetoinitiativen für denkbar.

Verena Frick analysierte das Stabilitätsversprechen des Grundgesetzes anhand der Unterscheidung von *political constitutionalism* und *legal constitutionalism*. In der Politikwissenschaft herrschte nach 1945 die Vorstellung eines *political constitutionalism*, für

den das Grundgesetz eher einen Ermöglichungsraum für Politik aufspannt und weniger eine Begrenzung darstellt. In der Praxis des Verfassungsgerichts setzte sich aber eher ein *legal constitutionalism* durch, der von Demokratieskepsis geprägt war: Es entschied juristisch und unpolitisch, wodurch ihm eine Überparteilichkeit zugesprochen wurde. So konnte es zu einem unpolitischen Stabilitätsanker der Bonner Republik werden, zum Hüter der Verfassung. Das Grundgesetz selbst sei in dieser Deutung keine neutrale Rechtsordnung, sondern besitze eine objektive Werthaltung und verkörpere eine gute, gerechte Ordnung. Die Autorität und das Stabilitätsversprechen des Grundgesetzes resultierten aus einer dogmatischen Rechtslehre und einer überparteilichen Rechtsprechung. Wenn heute von einer Krise der Verfassung gesprochen wird, kann mit Fricks Überlegungen vielleicht genauer ein Wandel vom legalen zum politischen Verfassungsverständnis konstatiert werden; ein Wandel, der den Übergang von Bonn nach Berlin nachvollzieht.

Auch *Manuel Becker* ging auf den Wandel ein, der mit dem Umzug von Bonn nach Berlin entstanden sei. Er warf ein Licht auf die historisch-kulturelle Stabilitätsressource der Geschichtspolitik in der Berliner Republik, definiert als kulturelle oder strategische Bezugnahme auf die Vergangenheit durch politische Akteure. Dazu stellte er drei Thesen auf: Erstens sei die wichtigste Achse der Geschichtspolitik in der Berliner Republik die doppelte Diktaturvergangenheit, deren besondere Herausforderung darin bestehe, an beide Diktaturen adäquat zu erinnern, ohne sie zu relativieren oder gleichzusetzen. Zweitens sei die Erinnerung an den Nationalsozialismus der sensibelste Bereich deutscher Geschichtspolitik, der noch immer politische Karrieren kosten könne. Drittens sei das Geschichtsbild der Berliner Republik positiver als das Geschichtsbild der Bonner Republik. Der Berliner Republik gehe es nicht mehr vorrangig und ausschließlich um die Abgrenzung vom Nationalsozialismus. Die negative Fixierung auf diesen Zeitraum beginne sich aufzulösen, wie Becker mit Verweis auf Heinrich August

Winklers Werk *Der lange Weg nach Westen* bemerkte. Heute könne die Geschichte der Bundesrepublik viel unbefangener auch als Erfolgsgeschichte erzählt werden.

Im vierten Panel wurden *Destabilisierungsgefahren und ihre Abwehrmöglichkeiten* reflektiert. *Frauke Höntzsch* widmete sich dem Problem von *hate speech* und vertrat die These, dass sich bei John Stuart Mill, der häufig als Anwalt der uneingeschränkten Meinungsfreiheit dargestellt wird, durchaus gute Argumente dafür finden, *hate speech* zu begrenzen. Dazu entfaltete Höntzsch den komplexen Freiheitsbegriff Mills, der sowohl eine individuelle als auch eine individuell-soziale und eine kollektiv-soziale Dimension beinhalte. Die kollektiv-soziale Freiheit sei Voraussetzung sowohl für die individuell-soziale als auch für die individuelle Freiheit. Die Würde des Individuums sei von unversehrten sozialen Beziehungen abhängig, von der Anerkennung als freies und gleiches Mitglied der Gesellschaft. *Hate speech* zerstöre diese sozialen Anerkennungsverhältnisse und sei deshalb kein Ausdruck von individueller Freiheit, sondern im Gegenteil ein Angriff auf die kollektiv-soziale und damit auf die Voraussetzung der individuellen Freiheit. Dem Individuum wird ein Schaden (*harm*) zugefügt. Jede Schädigung des vitalen Interesses an Freiheit und Sicherheit müsse rechtlich und moralisch unterbunden werden. Diejenigen, die *hate speech* durch das Recht auf freie Meinungsäußerung gedeckt sehen, leugneten die soziale Dimension der Freiheit bei Mill und reduzierten ungerechtfertigterweise die komplexe Freiheit auf die Dimension der isoliert gedachten individuellen Freiheit.

Jens Hacke beschrieb die Möglichkeit der Stabilisierung der Demokratie durch Wehrhaftigkeit bei Karl Loewenstein, der die Demokratie aus ihrer „legalistic self-complacency and suicidal lethargy“ (Loewenstein 1937: 431) befreien wollte. Allerdings – so Hacke – sichere das Konzept der *militant democracy* nicht die Demokratie, sondern lediglich den Staat. Wehrhaft sei die Demokratie nur dann, wenn sie in eine demokratische Kultur eingebettet sei und ohne diese Kultur könne eine

militant democracy nicht funktionieren. Hacked resümierte, dass Loewenstein kein Vertreter einer illiberalen Demokratie sei, sondern vielmehr ein unerfahrener Verteidiger der Grundrechte ohne Verständnis von demokratischer Stabilität. Wenn die Gefahr groß sei, bringe Wehrhaftigkeit nichts mehr, sei die Gefahr klein, brauche es sie nicht: Die wehrhafte Demokratie komme immer zu spät. Das erinnert an die Ansichten Machiavellis zu den Übeln des Staatswesens: „wie mit der Schwindsucht, die [...] am Beginn der Erkrankung leicht zu heilen und schwer zu erkennen ist, aber im Laufe der Zeit, wenn sie anfangs nicht erkannt und behandelt wurde, sich leicht erkennen und nur schwer heilen läßt“ (Machiavelli 1993: 21).

Reinhard Mehring entfaltete am Begriff der ‚Konservativen Revolution‘ ein breites Panorama des Rechtsintellektualismus der Weimarer Zeit. Dieser habe sich als antiliberal und antipluralistisch verstanden und politische Stabilität als Abwesenheit von Meinungsstreit betrachtet. Er wies damit eine gewisse Schnittmenge mit dem Nationalsozialismus auf, von dem er sich abzugrenzen versuchte. Der Unterschied zum Nationalsozialismus bestand jedoch lediglich in der Strategie zur Überwindung der Demokratie. Wollte der Nationalsozialismus die Demokratie mit ihren eigenen Mitteln abschaffen, versuchten die konservativen Revolutionäre die Errichtung einer präsidentiellen Diktatur. Vertreter der ‚Konservativen Revolution‘ wie Armin Mohler hält Mehring für naiv und dilettantisch, da sie den Begriff unterkomplex verwendeten. Den einzig ernstzunehmenden Gebrauch des Begriffs erkennt Mehring im Werk von Thomas Mann, der es verstanden habe, „vernünftige Traditionsbildung“ (Mehring 2018: 34) zu betreiben, was eine Versöhnung der Dualismen Geist und Fleisch, Gott und Welt, Konservativismus und Revolution bedeute.

Das fünfte Panel *Internationale Stabilität und Destabilisierung* wurde allein von Sebastian Lange bestritten, der die Strategien der Destabilisierung von Al-Qaida mit denen des

‚Islamischen Staates‘ verglich. Während es Al-Qaida darum gegangen sei, durch Terror Reaktionen der westlichen Staaten zu provozieren, rief der ‚Islamische Staat‘ erst im Moment der militärischen Schwäche zu Anschlägen auf. Terror sei grundsätzlich ein Mittel, zu dem im Moment der relativen Schwäche gegriffen werde. Neben der Destabilisierung des Feindes werde auch eine Stabilisierung der Freunde angestrebt. Die illegitimen Machtstrukturen, die der guten Ordnung im Wege stehen, sollen erodieren und es soll eine grundsätzliche Konfliktlinie zwischen Muslimen und Nicht-Muslimen gezogen werden. In der Strategie der polarisierten Freund-Feind-Unterscheidung stimmen Terrororganisationen mit rechtspopulistischen Bewegungen überein.

Am Ende der Tagung versuchte Marcus Llanque, den Begriff der Stabilität einmal ‚gegen den Strich‘ zu lesen. Das Sprechen darüber beinhalte die Gefahr, den Begriff von vornherein positiv zu verstehen und alles Destabilisierende als begründungsbedürftig und pathologisch zu brandmarken. Auch nach der Tagung bleibe die Frage nach einer demokratischen Stabilität offen. Llanque schlug dafür den Begriff der Balance vor, also ein institutionelles und kulturelles Gleichgewicht. Hier drängt sich das Bild des Seiltänzers wieder auf, der sich, um standfest auf einem dünnen Seil zu bleiben, immer wieder ausbalancieren muss. Somit gelangte das Nachdenken über politische Stabilität am Ende wieder an ihren Anfang und rundete die Tagung ab.

Literatur

- Loewenstein, Karl, 1937: *Militant Democracy and Fundamental Rights*, I. In: *The American Political Science Review* 31, No. 3, 417-432. <https://doi.org/10.2307/1948164>
- Machiavelli, Niccolò, 1993: *Il Principe* / Der Fürst – Italienisch/deutsch, Stuttgart.
- Mehring, Reinhard, 2018: *Martin Heidegger und die „konservative Revolution“*, München.